Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 52.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 258 — Donnerstag, den 5. November 1931 — 26. Jahrgang

Laval erstattet Bericht

Der deutsche Botschafter bei dem französischen Ministerpräsidenten

Zweistündige Besprechung Laval—Hoesch

Paris, 3. November. Botschafter von Hoesch hat sich um 16.30 Uhr ins Innenministerium zum Ministerpräsidenten Laval begeben und wurde dort sofort von Laval und dem bereits anwesenden Außenminister Briand empfangen. Ueber diese Unterredung wird mitgeteilt, daß sie um 18.30 Uhr zu Ende gegangen ist. Zu den Verhandlungen wurde auch der Ministerialdirektor im Finanzministerium, Bizot, und später Finanzminister Flandin zugezogen. Ministerpräsident Laval gab Botschafter von Hoesch eine Erläuterung zu dem Gang und den Ergebnissen der französisch-amerikanischen Besprechungen, woran sich eine eingehende Erörterung der schwebenden Finanzfragen schloß.

Paris, 3. November. In dem von französischer Seite über die heutige Unterredung von Hoesch-Laval ausgegebenen Kommuniquee heißt es, daß Ministerpräsident Laval dem deutschen Botschafter Aufschluß gegeben habe über seine Besprechungen mit Präsident Hoover, die die Ablösung des gegenwärtig auf Grund des Hoover-Vorschlages vom Juni laufenden Moratoriums durch das normale Young-Plan-Regime zum Gegenstand gehabt hätten.

Paris, 3. November. Eine Erläuterung der Agence Havas zu der heute zwischen dem deutschen Botschafter und Ministerpräsident Laval geführten Unterredung nimmt Bezug auf die Stelle des gemeinsamen französisch-amerikanischen Kommuniquees betreffend die zwischen den Regierungen schwebenden Verbindlichkeiten und eine eventuell notwendig werdende Neuregelung im Rahmen der vor dem Hoover-Moratorium in Kraft gewesenen Bestimmungen, sowie auf die durch den Young-Plan vorgesehene Prozedur, um alsdann über den weiteren Gang der Verhandlungen folgendes vorauszusagen: Man hat Grund zu der Annahme, daß binnen kurzem der beratende Sonderausschuß regelrecht einberufen und den Auftrag erhalten werde, sich noch vor Jahresende über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu äußern. Die an den Reparationszahlungen hauptsächlich interessierten Regierungen werden alsdann im Verlauf einer internationalen Konferenz mit der deutschen Regierung eine Regelung zu treffen haben. Das Bestreben wird dahin gehen, diese Regelung noch vor dem 1. Februar 1932 zu erzielen, damit, wenn möglich, gleichzeitig auch die Frage der namentlich von den Vereinigten Staaten und England Deutschland bewilligten kurzfristigen Kredite geregelt werden kann. Die heutige deutsch-französische Aussprache wird also der Ausgangpunkt einer Periode großer diplomatischer Aktivität in Europa sein.

Paris, 3. November. Im heutigen Ministerrat hat, wie das amtliche Kommuniquee besagt, Ministerpräsident Laval über die Mission berichtet, die er in Amerika durchgeführt hat. Der Justizminister beglückwünschte namens des Ministerrates den Ministerpräsidenten dazu, daß er seine Mission in einer unter den gegenwärtigen Umständen besonders nützlichen Weise durchgeführt und die freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestätigt habe. Finanzminister Flandin unterbreitete dem Ministerrat den endgültigen Text des Gesetzentwurfes für die Durchführung des neuen Abschnitts des Wirtschaftsprogramms. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde beschlossen, den Zeitpunkt des Zusammentritts des Parlaments auf den 12. November festzusetzen.

England wartet ab

London, 3. Nov. Wie aus zuständigen englischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Regierung gegenüber den Tributverhandlungen zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie erwarte jetzt nach der Rückkehr Lavals einen Bericht über die Vorgänge, wie sie sich tatsächlich in Washington abgespielt haben. In diesem Sinne sei der englische Botschafter in Paris zur Berichterstattung aufgefordert woden. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" erklärt u. a., die englische Regierung überlasse die Initiative ganz Frankreich und Deutschland, da sich die Tributfrage von der Kriegsschulden- und der gesamten internationalen Verschuldungsfrage nicht trennen lasse.

Die „Times" sagen in einem Leitartikel u. a., daß Laval, der mit der gleichen unerbittlichen Logik wie Poincare spreche und handele, sein Ziel erreicht und sich in Washington Klarheit über die Kriegsschuldenfrage und die Sicherheitsfrage verschafft habe. Laval habe jetzt freie Hand und könne versuchen, innerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages und des Youngplanes zu einer dauernden Abmachung mit Deutschland zu kommen. Das Blatt weist daraufhin, daß Deutschland ungeheure Verpflichtungen zu erfüllen habe, bevor es die Tribute zahlen könne. Der Wiggin-Layton-Ausschuß habe ausdrücklich festgestellt, daß die Schuldensumme, die damals noch kleiner war als die jetzt von der deutschen Regierung angegebene, schon über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausging. Die wichtigste Frage sei die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, wenn die kurzfristigen Verpflichtungen fällig werden. Diese Frage berühre aber England und Amerika mehr als Frankreich.

Die Beratungen des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees

Vor der ersten gemeinsamen Sitzung. — Fünf Ausschüsse gebildet

Berlin, 3. November. Wie wir erfahren, wird das deutsch-französische Wirtschaftskomitee seine erste gemeinsame Sitzung am 13. und 14. November, also Ende nächster Woche, in Paris abhalten. Aus Sparsamkeitsgründen werden von deutscher Seite nicht alle Mitglieder an dieser Sitzung teilnehmen, es werden vielmehr nur die höheren Beamten und die Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse nach Paris fahren. Diese Ausschüsse sind heute vormittag konstituiert worden. Sie gliedern sich folgendermaßen:

1. Ausschuß für Handelsvertragsfragen. Sein Vorsitzender ist Ministerialdirektor Posse. Ihm gehören außerdem an Reichsminister a. D. Hamm vom Deutschen Industrie- und Handelstag, Reichsminister a. D. von Raumer, für die Landwirtschaft von Schorlemer, für die Gewerkschaften Lemmer vom Gewerkschaftsring und Tarnow von den freien Gewerkschaften.

2. Ausschuß für private Wirtschaftsvereinbarungen. Er hat die Aufgabe, bereits vorhandene Wirtschaftsvereinbarungen privaten Charakters durch Produktionsangleichungen und weiteren Ausbau zu vervollständigen und, wo möglich, auch auf andere Interessenkreise zu übertragen. Vorsitzender dieses Ausschusses ist Clemens Lammers vom Reichsverband der deutschen Industrie. Weiter gehören ihm an Geheimrat Bücher von der AEG., Direktor Lange vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten, Generaldirektor Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken und der Gewerkschaftsführer Schmitz von den christlichen Gewerkschaften.

3. Ausschuß für Verkehrsfragen. Vorsitzender ist Graf Roedern. Dieser Ausschuß wird sich auch besonders mit Schiffahrts- und Luftverkehrsfragen beschäftigen.

4. Ausschuß für deutsch-französische Interessengemeinschaften. Sein Vorsitzender ist Abraham Frowein vom Reichsverband der deutschen Industrie. An bekannten Persönlichkeiten gehören ihm an: Otto Wolff-Köln und der Hamburger Bankier Dr. Melchior. Dieser Ausschuß soll vor allem die Zusammenarbeit der Kartelle enger gestalten.

5. Ausschuß für gemeinschaftliche deutsch-französische Zusammenarbeit im Ausland. Vorsitzender ist der frühere Reichsminister Dr. Hermes. Von seinen Mitgliedern seien genannt Direktor von Schnitzler von J.G. Farben, der Mannheimer Industrielle Vögele und für den Asa-Bund Ingenieur Schweitzer.

Die Ausschüsse werden vor der Reise nach Paris wahrscheinlich noch einzeln zusammenkommen, um ihre Arbeitsmöglichkeiten zu besprechen. Das eigentliche Arbeitsprogramm wird jedoch erst bei der Pariser Konferenz festgelegt werden. Im Anschluß an die Pariser Gemeinschaftstagung beginnt dann die praktische Arbeit in der Form, daß ein Teil der Ausschüsse ständig in Berlin, der andere ständig in Paris tagt. Nach den Mitteilungen, die von zuständiger Seite in der heutigen Sitzung in der Reichskanzlei gemacht wurden, hat sich die Reichsregierung auf eine jahrelange Dauer der Arbeit des Komitees eingestellt.

Neuordnung der Osthilfe

Größere Vollmachten für den Reichskommissar. — Vor der Ernennung von Schlange-Schöningens

Berlin, 3. November. Als Ergebnis der gestrigen Besprechungen über die Osthilfe wird in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen, durch die das Durchführungsverfahren geändert wird. Das Wesentliche dabei ist, daß dem Ostkommissar größere politische Vollmachten erteilt werden, und zwar in der Form, daß er ein Anweisungsrecht bekommt, sodaß er in Zukunft ebenso unter selbständiger Verantwortung handeln kann wie der Siedelungskommissar, bei dessen Einsetzung man die Erfahrungen aus der früheren Praxis der Osthilfe bereits nutzbringend verwertet hat. In politischen Kreisen begrüßt man es, daß auch Preußen sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt hat. Im Anschluß an diese Neuordnung dürfte auch die personelle Frage geregelt werden, die seit einigen Wochen in der Schwebe ist. Es ist jetzt sicher damit zu rechnen, daß der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen zum Reichskommissar für die Osthilfe ernannt wird. Er tritt damit als Minister ohne Amtsbereich in das Reichskabinett ein.

Notendeckung 26,9 Prozent

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 31. Oktober 1931

Berlin, 3. November. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober 1931 hat sich in der Ultimowoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 446,7 Millionen auf 4 351,9 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 342,6 Millionen auf 4 009,5 Millionen RM, die Lombardbestände um 106,2 Millionen auf 239,5 Millionen RM zugenommen. Bestände an Reichsschatzwechseln sind nicht vorhanden.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen sind 388,8 Millionen RM in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 373,1 Millionen auf 4 745,9 Millionen RM, derjenige an Rentenbankscheinen um 10,7 Millionen auf 421,3 Millionen RM erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 6,1 Millionen RM vermindert. Die fremden Gelder zeigen mit 518,1 Millionen RM eine Zunahme um 33,6 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 12,2 Millionen auf 1275,3 Millionen RM vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 33 000 RM auf 1 144,5 Millionen RM und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 12,2 Millionen auf 130,7 Millionen RM abgenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 26,9 Prozent gegen 29,4 Prozent in der Vorwoche.

Schiedsspruch im Lohnstreit der Reichspost

Berlin, 3. November. Im Lohnstreit der Reichspost wurde heute durch die Schlichterkammer ein Schiedsspruch gefällt, durch den die Stundenlohnsätze der über 24 Jahre alten Arbeiter um 2 bis 4 Pfennig gesenkt wurden. Die auf Grund der neuen Stundenlohnsätze sich ergebenden Kürzungen des tatsächlichen Lohnes sind bei den einzelnen Lohngruppen für die bereits in Arbeit stehenden Arbeiter entsprechend begrenzt. Die Neuregelung tritt am 8. d. M. in Kraft und kann erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden.

Die Reichsarbeiter gegen den Schiedsspruch

Berlin, 3. November. Dem Reichsarbeitsministerium ist heute vormittag die Erklärung der am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften zugegangen, daß sie den kürzlich gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 2—6 Pfennig vorsieht, ablehnen. Die Stellungnahme der Gewerkschaften wird damit begründet, daß der Schiedsspruch in der Praxis Lohnkürzungen bedeuten würde, die weitergehen, als es in der Notverordnung vorgesehen sei. Während diese nämlich Kürzungen von höchstens 4½ Prozent verlange, würde der Schiedsspruch beispielsweise für die Reichsarbeiter in Berlin eine Verringerung der Löhne um ca. 6 Prozent bedeuten, was für die Gewerkschaften unannehmbar sei.

Heute werden — wie bereits angekündigt — im Reichsarbeitsministerium die Schlichtungsverhandlungen für die Arbeiter der Reichspost beginnen.

Die Versorgung mit Brotgetreide und Futtermitteln

Berlin, 3. Nov. In einem Teil der Presse werden teilweise in sensationeller Aufmachung über die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide und Futtermitteln Angaben gemacht, die den Eindruck entstehen lassen, daß insbesondere die Versorgung mit Brotgetreide nicht gesichert sei. Vom Reichsernährungsministerium wird darauf hingewiesen, daß die Versorgung Deutschlands mit Roggen aus eigenen Beständen ausreichend gesichert ist, so daß keinerlei Zuschußbedarf an ausländischem Roggen vorliegt. Bei der Weizenversorgung differieren die in der Presse gemachten Angaben mit den Schätzungen des Reichsernährungsministeriums über die Höhe des Zuschußbedarfes lediglich um 50 000 Tonnen. Diese Differenz läßt sich dadurch erklären, daß es sich bei den Schätzungen lediglich um Vorschätzungen handelt, da der zukünftige Verbrauch bis in den Einzelheiten zu übersehen ist. Von dem deutschen Zuschußbedarf von insgesamt 500 000 Tonnen sind bereits 200 000 Tonnen durch die Einfuhr aus Amerika gedeckt. Die restlichen 300 000 Tonnen werden jederzeit auf dem Weltmarkt aufgenommen werden können. Hinsichtlich der Futtermittelversorgung treffen die in der Presse gemachten Schätzungen, die von einer Einfuhrmenge von drei Millionen Tonnen sprechen, nicht zu. Die notwendige Einfuhr an Futtermitteln beträgt lediglich eine Million Tonnen.

Der Weg des Zentrums

Berlin, 4. Nov. Die „Germania" beschäftigt sich in ihrem Leitartikel unter der Ueberschrift „Der Weg des Zentrums" mit der bevorstehenden Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei. Der Reichsausschuß werde vor einer doppelten Aufgabe stehen: Festzustellen, daß sich an dem geraden Kurs des Zentrums nichts geändert habe und nichts ändern werde und daß der Kanzler bei seiner Arbeit um die äußere Befreiung und den inneren Wiederaufbau auch weiterhin das restlose Vertrauen seiner engeren politischen Freunde für sich in Anspruch nehmen dürfe. Nach einer ausführlichen Darlegung der gegenwärtigen Lage und Hinweisen auf das Vertrauen, das sich der Reichskanzler in der internationalen Welt erworben habe, schreibt das Blatt weiter: Das Zentrum wird erneut seinen Willen zu der Außenpolitik der internatio-